

#POLITIK 21. November 2019

EVG fordert Aufklärung im Fall Arriva

Seit Monaten ist die Deutsche Bahn AG in den Schlagzeilen. Besonders negativ: Interne Auseinandersetzungen der Unternehmensführung, die in der Öffentlichkeit ausgetragen werden.



Die EVG fordert deshalb zum einen eine Versachlichung der Diskussion und zweitens die sofortige Beilegung der Unstimmigkeiten im DB-Vorstand.

Nur ein handlungsfähiger Vorstand kann weiteren Imageschaden vom Bahnkonzern abwenden. Beschäftigte möchten wieder in einem Unternehmen arbeiten, auf das sie stolz sein können.

Inzwischen ist der Finanzvorstand freiwillig ausgeschieden. Offensichtliche Fehler und Versäumnisse dürfen deshalb aber nicht unter den Teppich gekehrt werden.

Mögliche Pannen beim geplanten Verkauf von DB Arriva plc. Müssen untersucht und umfassend aufgeklärt werden. Wenn sich dabei herausstellen sollte, dass dem Unternehmen Schaden zugefügt wurde, sind alle

Verantwortlichen zur Verantwortung zu ziehen und müssen ggf. Schadenersatz leisten.

Das Vertrauen der Beschäftigten in die Konzernführung ist ohnehin schon gesunken. Es würde noch weiter beschädigt, wenn Fehlverhalten von Vorständen nicht aufgedeckt und geahndet wird.

Die mit dem ausgeschiedenen Finanzvorstand vereinbarten Abfindungszahlungen sind aus Sicht der EVG unangemessen! Wir lehnen diese Regelung ab.

Downloads



Aushang

(PDF, 326.17 KB, Wird in neuem Fenster/Tab geöffnet.)

(/fileadmin/user_upload/19-11-21_Arriva.pdf)